

144508-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Elektroinstallationsarbeiten – Erneuerung und Erweiterung der strukturierten Verkabelung: Los 1 Fernmelde- / Informationstechnische Anlagen
OJ S 49/2024 08/03/2024
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Bauleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH

E-Mail: david.ksoll@lmkgmbh.de

Rechtsform des Erwerbers: Von einer regionalen Gebietskörperschaft kontrolliertes öffentliches Unternehmen

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Gesundheit

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Erneuerung und Erweiterung der strukturierten Verkabelung: Los 1 Fernmelde- / Informationstechnische Anlagen

Beschreibung: Erneuerung und Erweiterung der strukturierten Verkabelung: Los 1 Fernmelde- / Informationstechnische Anlagen

Kennung des Verfahrens: 018df4fe-f09f-4342-b12e-6e0b3416598d

Interne Kennung: 24-03-IT-Netz

Verfahrensart: Offenes Verfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45311200 Elektroinstallationsarbeiten

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45314000 Installation von Fernmeldeanlagen, 45314300

Kabelinfrastruktur, 45314320 Installation von Computerkabelnetzen, 45314310 Verlegen von Kabeln, 45315600 Niederspannungsarbeiten, 45315700 Installation von Schaltanlagen, 45316000 Installation von Beleuchtungs- und Signalanlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Hainichener Straße 4 - 6

Stadt: Mittweida

Postleitzahl: 09648

Land, Gliederung (NUTS): Mittelsachsen (DED43)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: „Die in den Vergabeunterlagen enthaltenen Pläne beinhalten besonders schutzwürdige Daten. Gem. § 11 EU Abs. 7 S. 2 VOB/A wird der Zugriff auf diese Pläne daher von der Abgabe einer Verschwiegenheitserklärung in Textform nach dem vom Auftraggeber vorgegebenen Muster abhängig gemacht. Das Muster der Verschwiegenheitserklärung ist unter der in Kap. 5.1.11 angegebenen Internetadresse zusammen mit den übrigen Auftragsunterlagen abrufbar. Für die Abgabe der

Verschwiegenheitserklärung ist eine E-Mail mit der vollständig ausgefüllten Verschwiegenheitserklärung und den Unternehmensdaten an: projekt-khzzg-verkabelung@lmkgmbh.de zu senden. Die angegebene E-Mail ist ausschließlich für die Übersendung der Verschwiegenheitserklärung zu verwenden. Die Verschwiegenheitserklärung untersagt die Weitergabe der Informationen an andere Unternehmen auch dann, wenn diese mit dem Erklärenden eine Bietergemeinschaft bilden wollen. Im Falle einer geplanten Teilnahme als Bietergemeinschaft ist daher die Abgabe der Verschwiegenheitserklärung für jedes beteiligte Unternehmen notwendig. Nach vollständiger Vorlage der Verschwiegenheitserklärung werden die Pläne an den Erklärenden per E-Mail übersandt. Die Pläne sind Vertragsbestandteil und auch dann maßgebend für den Inhalt der zu erbringenden Leistungen, wenn sie vom Bieter nicht vor Angebotsabgabe abgerufen wurden. Die Abgabe der Verschwiegenheitserklärung ist zudem Teil der Auftragsbedingungen und damit Vertragsbestandteil (s. auch unten Kap. 5.1.12 – Bedingungen für die Auftragsvergabe).“ Mit dem Angebot ist das ausgefüllte Formblatt "Eigenerklärung Russland Sanktionen" vorzulegen. Bei Bietergemeinschaften ist das Formblatt für jedes Mitglied gesondert einzureichen. Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder bedient er sich zum Nachweis seiner Eignung anderer Unternehmen, so ist das Formblatt auch für jedes dieser anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Auf Angebote von Bietern, die einen Bezug zu Russland im Sinne der am 8. April 2022 im EU-Amtsblatt veröffentlichten Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 (Sanktions-VO) haben, wird wegen des gem. Art. 5k der Sanktions-VO geltenden Zuschlagsverbotes der Zuschlag nicht erteilt. Bieterfragen und Anfragen für weitere Auskünfte / Informationen sind bis spätestens 26.03.2024 über Vergabepattform an die Vergabestelle zu richten. Die Beantwortung erfolgt ebenfalls ausschließlich über die Vergabepattform.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vob-a-eu -

2.1.6. Ausschlussgründe

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: gem. §6e EU VOB/A Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 5

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: gem. §6e EU VOB/A Abs. 1 Nr. 1, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 5

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: gem. §6e EU VOB/A Abs. 1 Nr. 2 u. Nr. 3, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 5

Betrugsbekämpfung: gem. §6e EU VOB/A Abs. 1 Nr. 4 u. Nr. 5, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 5

Korruption: gem. §6e EU VOB/A Abs. 1 Nr. 6 bis Nr. 9, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 5

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: gem. §6e EU VOB/A Abs. 1 Nr. 10, Abs. 2, Abs. 3, Abs. 5

Entrichtung von Steuern: gem. §6e EU VOB/A Abs. 4, Abs. 5

Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: gem. §6e EU VOB/A Abs. 4, Abs. 5

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: gem. §6e EU VOB/A Abs. 6 Nr. 1

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: gem. §6e EU VOB/A Abs. 6 Nr. 1

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: gem. §6e EU VOB/A Abs. 6 Nr. 1

Zahlungsunfähigkeit: gem. §6e EU VOB/A Abs. 6 Nr. 2

Konkurs: gem. §6e EU VOB/A Abs. 6 Nr. 2

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: gem. §6e EU VOB/A Abs. 6 Nr. 2

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: gem. §6e EU VOB/A Abs. 6 Nr. 2

Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: gem. §6e EU VOB/A Abs. 6 Nr. 3
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: gem. §6e EU VOB/A Abs. 6 Nr. 4
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: gem. §6e EU VOB/A Abs. 6 Nr. 5
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: gem. §6e EU VOB/A Abs. 6 Nr. 6
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: gem. §6e EU VOB/A Abs. 6 Nr. 7
Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: gem. §6e EU VOB/A Abs. 6 Nr. 8 u. Nr. 9

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Los 1 Fernmelde- / Informationstechnische Anlagen

Beschreibung: Ausschreibung: Los 1 Fernmelde- / Informationstechnische Anlagen Umfang: 41 St Bauabschnitte (vgl. Bauabschnittspläne) 523 St Datendosen 42.300 m Cu - Datenkabel 5.437 m LWL - Datenkabel 248 m Kabelrinne 887 m Brüstungskanal 53 m Sammelhalter 16 St Netzwerkschränke Neu 3 St Netzwerkschränke Bestand neu bestücken 1.238 m Niederspannungsinstallationskabel (NS- Kabel) 168 m Brandschutz-Elektrokanal F 90 218 St Brandschutzabschottungen 136 St Steckdosen 2 St Unterverteilung, Stromversorgungseinrichtung
Interne Kennung: LOT-0001

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Bauleistungen

Haupteinstufung (cpv): 45311200 Elektroinstallationsarbeiten

Zusätzliche Einstufung (cpv): 45314000 Installation von Fernmeldeanlagen, 45314300

Kabelinfrastruktur, 45314320 Installation von Computerkabelnetzen, 45314310 Verlegen von Kabeln, 45315600 Niederspannungsarbeiten, 45315700 Installation von Schaltanlagen, 45316000 Installation von Beleuchtungs- und Signalanlagen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Hainichener Straße 4-6

Stadt: Mittweida

Postleitzahl: 09648

Land, Gliederung (NUTS): Mittelsachsen (DED43)

Land: Deutschland

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders geeignet für:selbst#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: A) Vorlage mit dem Angebot: (a) Erklärung zu bestehenden Eintragungen im Handelsregister, in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer, (b) Erklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen im Sinne von § 6e EU VOB/A und zu ggf. ergriffenen Selbstreinigungsmaßnahmen im Sinne von § 6f EU Abs. 1 VOB/A. B) Vorlage auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle: Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer (soweit zutreffend). Die Erklärungen gem. A) sind entweder mittels Angabe der Registriernummer beim Verein für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (präqualifizierte Unternehmen) oder mittels Eigenerklärung zur Eignung nach Formblatt 124 (liegt den Ausschreibungsunterlagen bei) oder mittels einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) abzugeben. Die Eintragung in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer Mitgliedsstaates ist als Nachweis anstelle der Registrierung beim Verein für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. ebenso zugelassen. Die Pflicht zur Vorlage der Unterlagen gem. B) entfällt für präqualifizierte Unternehmen. Unternehmen, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, müssen gleichwertige Unterlagen vorlegen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder bedient er sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen und es ist deren jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis oder es sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt 124 auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Liegen bei diesem Unternehmen Ausschlussgründe gem. § 6e EU Abs. 1 bis 5 VOB/A vor, hat der Bieter dieses Unternehmen zu ersetzen. Auf gesondertes Verlangen ist nachzuweisen, dass dem Bieter die Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: A) Vorlage mit dem Angebot: (a) Angabe des Umsatzes, jeweils bezogen auf die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen, (b) Erklärung zu Insolvenzverfahren und Liquidation, (c) Erklärung zur ordnungsgemäßen Erfüllung der Pflicht zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung, (d) Erklärung zur Mitgliedschaft bei der zuständigen Berufsgenossenschaft. B) Vorlage auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle: (a) Rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (sofern zutreffend), (b) Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse (soweit das Unternehmen beitragspflichtig ist), (c) Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen (soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt), (d) Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG, (e) Qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der zuständigen Berufsgenossenschaft mit Angabe der Lohnsummen. Die Erklärungen gem. A) sind entweder mittels Angabe der Registriernummer beim Verein für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (präqualifizierte Unternehmen) oder mittels Eigenerklärung zur Eignung nach Formblatt 124 (liegt den Ausschreibungsunterlagen bei) oder mittels einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung

(EEE) abzugeben. Die Eintragung in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer Mitgliedsstaates ist als Nachweis anstelle der Registrierung beim Verein für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. ebenso zugelassen. Die Pflicht zur Vorlage der Unterlagen gem. B) (a) entfällt für präqualifizierte Unternehmen. Unternehmen, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, müssen gleichwertige Unterlagen vorlegen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder bedient er sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen und es ist deren jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis oder es sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt 124 auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Auf gesondertes Verlangen ist nachzuweisen, dass dem Bieter die Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen. Nimmt der Bieter hinsichtlich der Kriterien für die finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen der Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen abzugeben. Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Beschreibung des Auswahlkriteriums: A) Vorlage mit dem Angebot: (a) Erklärung, in den letzten fünf Kalenderjahren vergleichbare Leistungen ausgeführt zu haben, (b) Erklärung, dass die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, B) Vorlage auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle: (a) Drei Referenznachweise zu A) (a) mit Angaben zu Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung, (b) Angabe der Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem technischen Leitungspersonal, Mindestanforderung: Es müssen jahresdurchschnittlich mindestens 20 Monteure im Unternehmen beschäftigt sein. Bei Bietergemeinschaften ist die Mindestanforderung erfüllt, wenn entweder mindestens ein Bietergemeinschaftsmitglied oder alle Bietergemeinschaftsmitglieder in Summe über die geforderte Mindestbeschäftigtenzahl verfügen. Die Erklärungen gem. A) (a) und (b) sind entweder mittels Angabe der Registriernummer beim Verein für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (präqualifizierte Unternehmen) oder mittels Eigenerklärung zur Eignung nach Formblatt 124 (liegt den Ausschreibungsunterlagen bei) oder mittels einer Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) abzugeben. Die Eintragung in ein gleichwertiges Verzeichnis anderer Mitgliedsstaates ist als Nachweis anstelle der Registrierung beim Verein für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. ebenso zugelassen. Die Pflicht zur Vorlage der

Unterlagen gem. B) (a) und (b) entfällt für präqualifizierte Unternehmen, mit Ausnahme von Referenznachweisen, soweit die im PQ-Verzeichnis abrufbaren Referenznachweise nicht ausreichend sind. Unternehmen, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, müssen gleichwertige Unterlagen vorlegen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen. Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder bedient er sich zum Nachweis seiner Eignung auf andere Unternehmen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen und es ist deren jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis oder es sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt 124 auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Auf gesondertes Verlangen ist nachzuweisen, dass dem Bieter die Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen. Nimmt der Bieter hinsichtlich der Kriterien für die berufliche Leistungsfähigkeit im Rahmen der Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen abzugeben. Eine Inanspruchnahme der Kapazitäten anderer Unternehmen für die berufliche Erfahrung gem. A) (a) und B) (a) ist nur möglich, wenn diese Unternehmen die Arbeiten ausführen, für die diese Kapazitäten benötigt werden.

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

5.1.11. Auftragsunterlagen

Zugang zu bestimmten Auftragsunterlagen ist beschränkt

Begründung für die Beschränkung des Zugangs zu bestimmten Auftragsunterlagen: Schutz besonders sensibler Informationen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Informationen über zugangsbeschränkte Dokumente einsehbar unter: <https://www.evergabe.de/unterlagen/018df4fe-f09f-4342-b12e-6e0b3416598d/zustellweg-auswaehlen>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.evergabe.de/unterlagen/018df4fe-f09f-4342-b12e-6e0b3416598d/zustellweg-auswaehlen>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 08/04/2024 14:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 60 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Im Ermessen des Auftraggebers sowie im gesetzlich zulässigen Rahmen gem. §§ 15 EU und 16a EU VOB//A und §56 VgV.

Informationen über die öffentliche Angebotsöffnung:

Eröffnungstermin: 08/04/2024 14:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Eröffnungstermin — Beschreibung: gem. §14 EU VOB/A

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Es ist eine Geheimhaltungsvereinbarung erforderlich: ja

Zusätzliche Angaben zur Geheimhaltungsvereinbarung: Die Abgabe einer

Verschwiegenheitserklärung nach dem mit den Vergabeunterlagen abrufbaren Muster ist

Bedingung für die Ausführung des Auftrags. Die Erklärung ist spätestens mit Angebotsabgabe

einzureichen und wird Vertragsbestandteil. Im Falle der Beteiligung als Bietergemeinschaft ist

diese Erklärung von jedem Mitglied der Bietergemeinschaft gesondert abzugeben. Die

Verschwiegenheitserklärung ist zudem Voraussetzung für die vollständige Abrufbarkeit der

Vergabeunterlagen (s. oben unter Kap. 2.1.4). Soweit die Verschwiegenheitserklärung zum

Abruf der Vergabeunterlagen bereits abgegeben wurde und die Angaben in der

Verschwiegenheitserklärung mit den Bieterangaben bei Angebotsabgabe identisch und dem

Bieter damit eindeutig zuordenbar sind, muss sie mit den Vergabeunterlagen nicht erneut

eingereicht werden. Im Zweifelsfall wird empfohlen, die Erklärung mit dem Angebot erneut

einzureichen

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

Elektronische Auktion: nein

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Informationen über die Überprüfungsfristen: Die Zulässigkeit eines Nachprüfungsantrags setzt

voraus, dass die geltend gemachten Vergabeverstöße innerhalb von 10 Kalendertagen nach

Kenntnis bzw. – soweit die Vergabeverstöße aus der Bekanntmachung oder den

Vergabeunterlagen erkennbar sind – bis zum Ablauf der Teilnahme- bzw. Angebotsfrist gerügt

wurden (§ 160 Abs. 3, Satz 1, Nr. 1 bis 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig,

soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge

nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3, Satz 1, Nr. 4 GWB). Ein

Nachprüfungsantrag ist zudem unzulässig, soweit der Antrag erst nach Zuschlagserteilung

zugestellt wird (§ 168 Abs. 2 Satz 1 GWB). Die Zuschlagserteilung ist möglich 10 Tage nach

Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Fax oder auf elektronischem Weg

bzw. 15 Tage nach Absendung der Bekanntgabe der Vergabeentscheidung per Post (§ 134

Abs. 2 GWB). Die anfängliche Unwirksamkeit eines öffentlichen Auftrages gem. § 135 Abs. 1

GWB kann nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30

Kalendertagen nach der Information der betroffenen Bieter und Bewerber durch den

öffentlichen Auftraggeber über den Abschluss des Vertrages, jedoch nicht später als 6 Monate

nach Vertragsabschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die

Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur

Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union. (§ 135 Abs. 2 GWB).

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt: Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH

TED eSender: Beschaffungsamt des BMI

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Landkreis Mittweida Krankenhaus gGmbH

Registrierungsnummer: DE 179 041 356

Postanschrift: Hainichener Straße 4 - 6

Stadt: Mittweida

Postleitzahl: 09648

Land, Gliederung (NUTS): Mittelsachsen (DED43)

Land: Deutschland

E-Mail: david.ksoll@lmgmbh.de

Telefon: +49 (0) 3727 991342

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

Organisation, die einen Offline-Zugang zu den Vergabeunterlagen bereitstellt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: 1. Vergabekammer des Freistaates Sachsen bei der Landesdirektion Sachsen

Registrierungsnummer: ohne

Postanschrift: PF 10 13 64

Stadt: Leipzig

Postleitzahl: 04013

Land, Gliederung (NUTS): Leipzig, Kreisfreie Stadt (DED51)

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer@lds.sachsen.de

Telefon: +49 341-977-3800

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 018df4ff-ea4f-421d-9bd2-3225fc6fd1a3 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 06/03/2024 16:10:26 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 144508-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 49/2024

Datum der Veröffentlichung: 08/03/2024